

Die Unzuträglichkeiten der Kehrsatzung wurden seit Jahren immer wieder bestätigt. Am 25.3.2015 ist der Stadtrat umgefallen und hat einen Antrag der Fraktion AfD/FW abgelehnt aus Angst, in Privilegien eingreifen zu müssen.

Leider ist auch Ortsvorsteherin Sissi Westrich nicht nur den Lerchenbergern in den Rücken gefallen.

2007 Ortsbeirat Lerchenberg
OBR fordert Stadt auf, zur alten Kehrkostenverteilung zurückzukehren

27.11.2007 Beigeordneter Reichel in der AZ:
Auch wir sind mit dem Urteil nicht zufrieden, ich halte das alte Verfahren für gerechter

02.12.2007 SWR
Landesschau übt Kritik am Mainzer Kehrgebührenchaos

05.12.2007 Beigeordneter Reichel zur Stadtratssitzung:
Die Verwaltung hat Verständnis für den Unmut...

20.09.2008 Richter Wanwitz in der Verhandlung vor dem VG Mainz:
Richter W. äußerte sein Unbehagen über die von ihm zu beachtende formale Rechtslage, ebenso die beiden Vertreter der Stadt, die eine Lösung durch den Stadtrat für geboten hielten.

29.4.2009 Stadtratssitzung Antrag ÖDP/Freie Wähler:
Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für eine Änderung der Kehrsatzung zu erarbeiten...

29.4.2009 Stadtratssitzung SPD Änderungsantrag:
Die Verwaltung wird gebeten, rechtlich zu prüfen, ob eine Änderung der Kehrsatzung...möglich ist.

29.4.2009 Stadtratssitzung CDU Änderungsantrag:
Die Ungleichbehandlung von „Vorder-„ und „Hinterliegern“....hat in einigen Stadtteilen von Mainz zu Verstimmungen innerhalb der Nachbarschaft geführt.

29.4.2009 Stadtratssitzung Bündnis 90/Die Grünen und FDP:
Zustimmung zu allen Anträgen

15.07.2009 Innenministerium:
Die Entscheidungen des OVG sollten „hingenommen“ werden

23.09.2009 Beschlussvorlage Beigeordneter Reichel:
Die Verwaltung wird beauftragt, beim Landesgesetzgeber eine eigenständige dahingehende Definition des straßenreinigungsrechtlichen Erschließungsbegriffs anzuregen, der eine Heranziehung von „Hinterliegergrundstücken“(gemeint sind die formal eigenständigen, unechten Hinterlieger) zu Straßenreinigungspflicht am Hauptstraßenzug zulässt.

09.02.2010 Beigeordneter Wolfgang Reichel zur Stadtratsanfrage:
Daraufhin hat der Stadtrat am 23. September 2009 einstimmig die Wiedervorlage der Verwaltungsvorlage vom 9. September 2009 beschlossen.

26.02.2010 Entsorgungsbetrieb nach Entscheidung des Stadtrechtsausschusses:
Dementsprechend helfen wir auch Ihrem obigen Widerspruch ab (Sondersituation Garagen)

25.06.2010 Beigeordneter Wolfgang Reichel:

Bei allem Verständnis, dass die Sach- und Rechtslage....unbefriedigend erscheint...

28.12.2010 1.Werkleiter Winkel:

Bei allem Verständnis, dass die Sach- und Rechtslageunbefriedigend erscheint....

Die aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen.....geänderte Veranlagungspraxis.....ist zu beachten, selbst wenn wir die zuvor jahrelang angewandte Form der Veranlagung von Vorder- und Hinteliegern weiter befürworten würden.

19.06.2012 OB Ebling:

Bei allem persönlichen Verständnis für das Anliegen....

17.04.13 ÖDP-Antrag Stadtrat:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Vorschlag zur Änderung der Kehrsatzung zu erarbeiten....

19.06.2013 Sachgebietsleiter Syga vom Entsorgungsbetrieb in derAZ:

Wir stellen die Straßenreinigungssatzung grundsätzlich auf den Prüfstand

21.09.2013 Beigeordnete Eder in der AZ:

Ich könnte mir schon Veränderungen in der Kehrsatzung vorstellen

29.06.2014 Innen-Staatsekretär Kern:

Ich bin daher der Auffassung, dass die vom OVG geroffenen Entscheidungen....hingenommen werden sollten.

18.07.2014: Beigeordnete Katrin Eder:

Die gerichtlichen Entscheidungen sind zu beachten,.....selbst wenn wir die zuvor jahrelang angewandte Form der Veranlagung von Vorder- und Hinterliegern persönlich weiter befürworten würden.

Grundsatzthese von Ute Granold:

Die Justiz kann den Gestaltungsauftrag der Politik nicht ersetzen